

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 01/2015

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 21.01.2015
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 22

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Henkel, OR Kehrlé, OR Böhler-Friess, OR Mächtlinger,
OR Müller, OR Scheuermann

B 90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Dr. Puzicha-Martz, OR Maier,
OR Özcay, OR Köster, OR Dr. Wagner

SPD: OR Dr. Rausch, OR Volz, OR Pfalzgraf, OR Holstein, OR Köster

FDP: OR Dr. Fink-Sontag, OR Malisius

FW: OR Stutz, OR Wenzel

Es fehlten:

a) entschuldigt:

b) nicht entschuldigt:

Schriftführerin:

Sonja Doll (StADu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Schönbeck (TBA), Herr Krause
(Jobcenter Karlsruher), Frau Heger (Jobcenter Karlsruhe), Herr Hacker (UA),
Herr Rößler (StADu), Frau Doll (StADu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 09.01.2015, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 16.01.2015 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 1: Bürgerfragestunde

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden und führt aus, dass vor Eintritt in die Tagesordnung der Abteilungskommandant der Freiwilligen Feuerwehr Durlach einige Worte zu ihr sprechen möchte. Bevor sie ihm das Wort erteilt, gratuliert sie Herrn Ernst, auch im Namen des Ortschaftsrates, zu seiner Wiederwahl als Abteilungskommandanten. Sie freut sich, dass die Freiwillige Feuerwehr Durlach weiter von solch kompetenten Händen geführt wird.

Herr Ernst möchte mit dieser Ehrung den Dank an die Ortsvorsteherin, Frau Ries, aussprechen, aber auch an den Ortschaftsrat, für die langjährige Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr. Ihm persönlich sei es wichtig, Frau Ries als seiner „Chefin“ zu danken für ihre Toleranz, die sie ihm in all den Jahren entgegenbrachte. Er überreicht deshalb Frau Ries im Namen der Abteilung eine Ehrenmedaille des Gründers der Freiwilligen Feuerwehr in Altsilber sowie eine Ehrenurkunde als Dank und Anerkennung für ihre Verdienste.

Frau Ries zeigt sich gerührt, nimmt die Auszeichnung gerne an, auch stellvertretend für den Ortschaftsrat, weil sie weiß, wie man gerne die Freiwillige Feuerwehr unterstützt und wie wichtig diese Arbeit ist.

- K l o p f b e i f a l l -

Die Vorsitzende tritt nun in die Tagesordnung ein ruft TOP 1: Bürgerfragestunde auf.

Eine Bürgerin aus der Dornwaldsiedlung meldet sich zu Wort und bedankt sich beim Ortschaftsrat Durlach für die zwischenzeitlich fertiggestellten Parkplätze in der Hans-Pfützner-Straße. Ebenso bedankt sie sich für das Anbringen eines neuen Spiegels in der Unterführung.

Gleichzeitig fragt sie, ob nicht eine oder zwei Laternen am Fußweg entlang der Johann-Strauß-Straße zur Straßenbahnhaltestelle Untermühlstraße angebracht werden können. Dieser Weg sei durch die sich dort befindenden Büsche, gerade für Frauen, sehr gefährlich zu gehen.

Weiter bittet sie zu prüfen, ob der Rasen des städt. Grundstückes an der Josef-Kraus-Straße nicht wieder gemäht werden könne. Dies sei nämlich im vergangenen Jahr nicht geschehen, sodass die Unkrautblüten sich überall verteilt haben.

Die Vorsitzende sagt eine Überprüfung der Anliegen sowie ein Feedback in einer der nächsten Ortschaftsratssitzungen zu.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 2: Straßenzustandsbericht

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt zu diesem TOP Herrn Schönbeck, den Leiter des Tiefbauamtes.

Herr Schönbeck (TBA) erklärt anhand einer PowerPoint-Präsentation die bereits erledigten Straßenbaumaßnahmen und die Maßnahmen, die in diesem Jahr bzw. in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen.

Er führt aus, dass die Baumaßnahmen mit Handhealth in einer sogenannten Straßendatenbank erfasst wurden. In dieser Datenbank sind ab 2015 alle Flächen im Straßenraum bzgl. der Nutzungen erfasst.

Er nennt den Vergleich des Straßenzustandes „Gesamtstadt“ und „Durlach: Durlach hat

81 % Anteil von guten Straßen

8 % Anteil der Straßen, die dringend erneuert werden müssen (11 % Gesamtstadt) dringender Handlungsbedarf (2 % Gesamtstadt), in Durlach gibt es keine Straßen, bei denen dringender Handlungsbedarf besteht.

In Durlach wurden 2013/2014 folgende Straßen saniert:

Im Bereich der Brühlstraße, Ausbau der Millöckerstraße, Erneuerung des Belags, zum Teil aber auch Vollausbau an der Hauptbahnstraße, zwischen der Brücke Durlacher Allee/Einfahrt Firma Schwabe, Endausbau in der Kelter-, Amthausstraße, Durlacher Allee und in der Wachhausstraße.

Er verweist auf den letzten Straßenzustandsbericht im Jahr 2012, wo er zum Ausdruck brachte, den Kern von Durlach zu verlassen und die Straßen in Aue zu sanieren.

2015 werde man weiterhin in der Brühlstraße aktiv sein. Hier sowie in der Marstallstraße, Pfinzstraße, Steiermärker- und Kärntner Straße soll ein Vollausbau erfolgen. In der Fiduciastraße/Wachhausstraße soll der Kreisel (Betonkreisel) gebaut werden. In der Straße Alter Graben und in der Rittnertstraße werden Deckenerneuerungen durchgeführt. Weitere Straßen, wie die Lortzing-/Schlesier Straße, Pfarrer-Blink-Straße, Ottostraße stehen im Sanierungsprogramm.

Wovon Durlach profitiert ist der Anschluss Tiefentalstraße / Bergwald (Radweg). Hierzu wurden die naturschutzfachlichen Belange geprüft. Das Ergebnis werde dem Tiefbauamt in den nächsten Tagen vorgelegt.

Abschließend führt er aus, dass sein Amt flexibel sei in den Dingen, die hier anstehen, sodass auch einzelne Maßnahmen ausgetauscht werden können.

- K l o p f b e i f a l l -

OR Stutz (FW) bedankt sich für die Ausführungen.

Sie spricht die Maybachstraße und hier insbesondere die Zufahrt zur Wertstoffstation an. Für diese Zufahrt sollte eine langfristige Lösung gesucht werden, da diese Zufahrt sehr frequentiert wird.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 2: Straßenzustandsbericht

Blatt 2

Ebenso spricht sie den Fußweg entlang des Lärmschutzwalls in der Fiduciastraße an, der aber auch von Autos befahren wird. Dieser Fußweg befindet sich in einem desolaten Zustand. Deshalb bittet sie, diesen mit Schotter aufzufüllen.

Herr Schönbeck (TBA) wird sich bzgl. der Maybachstraße nochmals mit dem Amt für Abfallwirtschaft in Verbindung setzen.

Weiter sagt er die Auffüllung des Fußweges entlang des Lärmschutzwalls in der Fiduciastraße mit Schotter zu.

OR Maier (B 90/Die Grünen) bedankt sich ebenfalls für den Vortrag.

Weiter führt er aus, dass Herr Schönbeck in den vergangenen Jahren auch den langfristigen Trend der Straßen gezeigt habe. Er fragt, ob sich der Straßenzustand durch die Baumaßnahmen in den vergangenen Jahren stabilisiert hat oder ob sich die Straßen nach und nach verschlechtern.

Ebenso spricht er die Ausführungen von Herrn Schönbeck zur Ottostraße an. Deshalb fragt er, ob dort auch am Straßenquerschnitt, insbesondere am Radweg, der eine viel schlechtere Qualität hat als die Straße und nicht mehr den heutigen Ansprüchen und den gesetzlichen Vorgaben entspricht, etwas getan wird.

Herr Schönbeck (TBA) zur Prognose: Bei aller Ungenauigkeit, die man bei der Erfassung hat, ist das Hauptverkehrsstraßennetz der Stadt Karlsruhe in einem Zustand, der ordentlich ist und wenn der Gemeinderat dem Tiefbauamt weiterhin Mittel für die laufende Unterhaltung zur Verfügung stellt, könne der Zustand auch gehalten werden. Die Nebenstraßen werden nicht so stark beansprucht. Hier gibt es sicherlich eine Gruppe von Straßen, die nicht frostsicher ausgebaut sind und die dann auch ohne Last kaputt gehen. Aber, dass man signifikant eine Verschlechterung hätte, wo man die Dinge nicht in den Griff bekommt, sieht er nicht.

In der Ottostraße ist im Querschnitt keine Veränderung vorgesehen. Eine Nachbesserung am Radweg an der einen oder anderen Stelle werde geprüft.

OR Griener (CDU) bedankt sich auch für den Vortrag. Er spricht die Alte Weingartener Straße/Tiengener Straße an. Die Tiengener Straße habe sich in den letzten Jahren zum gut frequentierten Gewerbegebiet entwickelt. Und im nördlichen Bereich (Richtung Campingplatz) befindet sich eine kleine, unbefestigte Wendeschleife. Mittlerweile sei es so, dass durch die neu angesiedelten Firmen ein großer Anteil von Schwerlastverkehr die Tiengener Straße befährt, aber keine Möglichkeit zum Wenden hat. D. h. der Schwerlastverkehr muss rückwärts die Tiengener Straße wieder verlassen. Durch den Verkehr der Aldi-Besucherinnen und –Besucher ist dort ein kompletter Stillstand vorzufinden.

Deshalb fragt er, ob die angesprochene Wendeschleife befestigt werden kann, aber nicht nur mit Schotter.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 2: Straßenzustandsbericht

Blatt 3

Herr Schönbeck (TBA) führt aus, dass ihm die von OR Griener genannte Problematik nicht unbekannt sei. Es gebe aber irgendwelche Gründe, warum die Wendeschleife noch nicht befestigt wurde. Er sagt eine nochmalige Prüfung und die Rückmeldung an das Stadtamt Durlach zu.

OR Malisius (FDP) spricht die Feldwege an und fragt, welche Kriterien es zum Erhalt der Feldwege gibt. Er stellt fest, dass viele Feldwege asphaltiert werden und deshalb die Natur darunter zu leiden hat. Deshalb plädiert er dafür, die von OR Griener genannte Wendeschleife nicht zu befestigen.

Herr Schönbeck (TBA) führt aus, dass es bei den Wirtschaftswegen eine Klientel gibt (unabhängig von Radfahrern), die befestigte Wirtschaftswegen haben möchte, beispielsweise die Landwirtschaft. Er weist darauf hin, dass es auch unterschiedliche Kategorien von Wirtschaftswegen gibt. Wenn ein Weg befestigt wird, so wie der obere Weinweg, dann resultiert dies letztendlich auch von einer massiven Forderung einer bestimmten Gruppe. D. h. hier kann man es nicht jedem Recht machen. Hier werde abgewogen.

OR Stutz (FW) fragt, ob es mittelfristig möglich ist, die Killisfeldstraße auszubauen, inklusive des Kreisels an der Paracelsus-Klinik.

Herr Schönbeck (TBA) führt aus, dass man beim Ausbau der Killisfeldstraße auf Fördermittel des Landes angewiesen sei. Und diese seien bisher abgelehnt worden und es gibt noch keine Nachfolgeregelung für das Landes-GVG, das im Jahre 2019 ausläuft.

OR Wenzel (FW) spricht die Präsentation von Herrn Schönbeck an, wo bei der Verlängerung der Fiduciastraße/Südtangente grüne Markierungen angebracht waren. Haben diese Markierungen mit der geplanten Tankstelle und der Einfahrt auf die Südtangente zu tun.

Herr Schönbeck (TBA) führt aus, dass es sich bei diesen Markierungen um Maßnahmen der Stadtwerke handelt (Erneuerung von Gas, Wasser oder Strom), die sich aus dem Jahresbauprogramm ergeben. Weiter führt er aus, dass bzgl. der Tankstelle und der Einmündung Fiducia-Straße/B 3/Südtangente nichts vorgesehen sei.

OR Kehrlé (CDU) spricht den Altstadtring Durlach, Bereich Mittelstraße und Teilstück Am Zwinger an. Dies sei der einzige Bereich, der im Altstadtring kein verkehrsberuhigter Bereich ist. Deshalb fragt er, ob bei der nächsten anstehenden Fahrbahnsanierung es möglich wäre, dort den gleichen Fahrbahnbelag, wie im Rest vom Altstadtring, anzubringen.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 2: Straßenzustandsbericht

Blatt 4

Herr Schönbeck (TBA) führt aus, dass man die Ausbauform, wenn es soweit ist, u. a. auch mit der Verkehrsbehörde und dem Stadtplanungsamt diskutieren müsse.

OR Pötzsche (B 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass der Altstadtring an sich eine Dauerbaustelle sei. Hier müssen wiederkehrend Maßnahmen durchgeführt werden, um die Pflasterung zu erneuern und den Untergrund aufzuarbeiten. Deshalb fragt er, wie hoch dafür die finanziellen Aufwendungen pro Jahr sind.

Herr Schönbeck (TBA) sagt zu, die Zahlen hierzu nachzureichen.

Die Vorsitzende stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Sie bedankt sich recht herzlich bei Herrn Schönbeck für seinen Vortrag und die weiteren Ausführungen und freut sich heute schon auf den nächsten Straßenzustandsbericht.

- K l o p f b e i f a l l -

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

**TOP 3: Förderung von Kindern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket;
Vergabepraxis Gelder des Bildungs- und Teilhabepakets**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt zu diesem TOP Herrn Krause und Frau Heger vom Jobcenter Karlsruhe.

OR Pötzsche (B 90/Die Grünen) bedankt sich bei Herrn Krause und Frau Heger für ihr Kommen und die Beantwortung der Zusatzfragen. Trotzdem sei einiges schwierig nachvollziehbar, gerade hinsichtlich des Gemeinderatsbeschlusses vom Dezember 2011 zur Einführung dieses Verfahrens und Ende 2014, wo Mitglieder des Ortschaftsrates auf diese Missstände hingewiesen wurden. So verbleibe doch ein gewisses Delta, wo der Gemeinderatsbeschluss nicht in Gänze umgesetzt worden ist. In diesem Zusammenhang fragt er, warum der Beschluss bzgl. der Besetzung der 8 Vollzeitstellen erst 2014 umgesetzt wurde.

Er weist außerdem darauf hin, dass er nochmals mit den Schulen Rücksprache gehalten habe und feststellen musste, dass es in der Kommunikation trotzdem schwierig bleibe. So wird von Seiten der Schule die Erreichbarkeit der Sachbearbeiter/Sachbearbeiterinnen bemängelt.

Weiter bittet er um Erklärung, warum die Förderung von Kindern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zentral in Karlsruhe und nicht auch vom Jobcenter vor Ort gemacht werden kann.

Herr Krause (Jobcenter Karlsruhe) bedankt sich für die Einladung zur heutigen Sitzung. Das Jobcenter führt die gesetzlichen Leistungen, was das SGB II im Bereich Bildung und Teilhabe anbietet, aus. Man sei aber auch angewiesen auf den Leistungsträger, der gesetzlich dafür Verantwortung zeichnet und das sei wiederum die Stadt Karlsruhe, die im Rahmen ihrer Verantwortung die personelle Ausstattung und die Organisation bereit stellt für die Bildungs- und Teilhabeleistungen. Das Jobcenter ist nach dem SGB II zwar zur Ausübung und Ausführung dieser Leistungen verpflichtet, soweit es nicht rückübertragen ist. Im Jahr 2011 wurden diese Leistungen eingeführt. Und im Dezember 2011 wurde durch den Gemeinderat beschlossen, dass die Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie auch der Karlsruher Pass und der Kinderpass zur gemeinsamen Zusammenarbeit in ein Amt gelegt werden sollten. Zu dem damaligen Zeitpunkt waren auch Verhandlungen hinsichtlich eines Gebäudes in der Röckelpasse gemacht worden. Diese Verhandlungen waren aber durch vielerlei Gründe zum Scheitern verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Personalressourcen für den Bereich SGB II mit 6 Personen und die Leistungen für den Bereich SGB XII mit 2 Personen berechnet und damals auch zur Verfügung gestellt. D. h. schon 2011/2012 habe man das zusätzliche Personal von 8 Personen bekommen. Und die Leistungen Bildung und Teilhabe wurden zu diesem Zeitpunkt auch schon ausgeführt. Zu dem damaligen Zeitpunkt war die Anzahl der Anträge noch relativ gering. Durch weitere Öffentlichkeitsarbeiten, auch hinsichtlich der dann erforderlichen Transparenz für die Berechtigten herzustellen, haben die Anträge dann zugenommen (2014 ca. 50 % mehr Anträge als 2013). Dadurch war die Grenze der

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

**TOP 3: Förderung von Kindern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket;
Vergabepraxis Gelder des Bildungs- und Teilhabepakets**

Blatt 2

Antragsbearbeitung durch die genannten 8 Mitarbeiter überschritten, sodass das Jobcenter Karlsruhe weiteres Personal gefordert hat und dieses zum Ende des Jahres 2014 durch das Personal- und Organisationsamt genehmigt wurde. Derzeit befinde man sich in den Ausschreibungs- und Auswahlverfahren, sodass voraussichtlich im Februar d. J. der zusätzliche Personalbedarf von zwei Vollzeitstellen abgedeckt werden kann und dann die bestehenden Rückstände bearbeitet werden können.

Eine besondere Stelle im Jobcenter Durlach für die Bearbeitung von Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, ist aus Sicht der bisherigen Erfahrungen nicht von Vorteil. Man könne mit dem Team Bildung und Teilhabe und dem Jobcenter Durlach durch Querabfragen viel besser zusammenarbeiten, wenn dies zentral erfolgt. Selbstverständlich können aber die Anträge im Jobcenter Durlach abgegeben werden. Und diese Anträge werden täglich zum Team Bildung und Teilhabe ins Rathaus West gefahren, um von dort bearbeitet zu werden.

Es ist möglich, direkt mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Teams Kontakt aufzunehmen (per Telefon und per E-Mail). Und allen Schulträgern liegen die Durchwahlnummern und persönlichen E-Mail-Adressen vor, ebenso die zentrale Rufnummer.

OR Pötzsche (B 90/Die Grünen) nimmt die Ausführungen von Herrn Krause zur Kenntnis, muss diesen aber die Rückmeldungen aus den Schulen gegenüberstellen. Er schlägt vor, den Kontakt Schulträger/Team Bildung und Teilhabe herzustellen.

Die Vorsitzende findet den Vorschlag sehr gut, denn damit könne man sich dem Problem direkt annehmen.

OR Dr. Fink-Sontag (FDP): 2013 haben 50 % der Anspruchsberechtigten einen Antrag gestellt. Wie war dies in Karlsruhe und ist eine Verbesserung festzustellen.

Herr Krause (Jobcenter Karlsruhe): Die Personen, die von Bildung und Teilhabe nur wenig gewusst haben, sind mittlerweile informiert, auch was Karlsruher Pass und Kinderpass betrifft, wird Beratung geleistet. In den kontaktierten Schulen wird mitgeteilt, wo die entsprechenden Leistungen zu erhalten sind.

Die Vorsitzende stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Sie bedankt sich bei Herrn Krause und Frau Heger für ihr Kommen und für die Ausführungen.

- K l o p f b e i f a l l -

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

**TOP 4: Doppelhaushalt 2015/2016;
Teilhaushalt Durlach: Einzelberatung des Teilhaushaltsplans für die
Haushaltsjahre 2015/2016 einschließlich der Behandlung der Anträge des Ortschaftsrates zum Haushaltsplanentwurf
- Beschlussfassung -**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 4 auf und verweist auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf, der im Dezember 2014 bereits vorberaten wurde. Ihr liegt zum Haushaltsplanentwurf ein Antrag aus dem Ortschaftsrat aller Fraktionen zum Sport- und Freizeitpark Untere Hub vor.

Grund für diesen gemeinsamen interfraktionellen Antrag ist sicherlich die Wichtigkeit und die Wertigkeit, die der Durlacher Ortschaftsrat schon in wiederholten Beschlüssen hier zum Thema Wohnbebauung auf dem Bestandsgelände und Sportstättenneubau auf der Unteren Hub beschlossen und kund getan hat. Der Antrag ist aus Sicht des Ortschaftsrates wichtig, um die nächsten Schritte zur Realisierung des Projekts zeitnah anzugehen und es nicht auf weitere Haushaltsjahre hinauszuzögern. Der erste Teil betrifft eine Einstellung von Geldern für die Auffüllung des Geländes. Auch dies wisse man aus dem Grundsatzbeschluss, je früher man beginnt, Optionen für Auffüllmaterial zu besorgen und je länger man Zeit hat, sich das Auffüllmaterial zu besorgen, je geringer wird der Preis. Und von daher sehen die Fraktionen des Ortschaftsrates darin auch eine sehr wirtschaftliche Möglichkeit, jetzt schon damit zu beginnen. Der zweite Teil ist eine Planungsrate. Wer einmal bauen und sich städtebaulich weiter entwickeln möchte, der benötigt auch Planungskosten. Dies dürfte für jeden nachvollziehbar sein. Und diese sind dem Ortschaftsrat im Haushaltsentwurf so nicht erkennbar. Und es sind auch schon erste Erschließungsmaßnahmen notwendig, die man mit einer Zahl von 500.000 € belegt habe.

OR Pfalzgraf (SPD) führt aus, dass man über den Sport- und Freizeitpark schon viel geredet habe. So wurden auch in verschiedenen Ausschüssen und im Gemeinderat entsprechende Beschlüsse herbeigeführt. Aber, die heutige Entscheidung, die schon allein auf Grund der interfraktionellen Antragstellung eine einstimmige sein wird, ist deshalb besonders wichtig, weil nach langen Diskussionen und Entscheidungen damit der erste Schritt in die Finanzierung dieses Sport- und Freizeitparkes geschaffen werde und man damit auch ein Signal setze an den Gemeinderat. Dies sei sehr wichtig, weil es dort auch darum gehe, in Erinnerung an das, was der Gemeinderat vor zwei Jahren einstimmig über alle Fraktionen hinweg entschieden hat, nämlich die Aufforderung an die Stadt, überall dort, wo sich Möglichkeiten bieten, Wohnungen zu bauen und dies schnellst möglich zu tun. Deshalb sollte mit dem heutigen Beschluss dem Gemeinderat „grünes Licht“ für dieses Ansinnen gegeben werden, dass mit dem Sport- und Freizeitpark ein relativ großes Baugebiet, über 13 ha, in Durlach entstehen kann, das genau dem Wunsch und der Forderung des Gemeinderats entspricht.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

**TOP 4: Doppelhaushalt 2015/2016;
Teilhaushalt Durlach: Einzelberatung des Teilhaushaltsplans für die
Haushaltsjahre 2015/2016 einschließlich der Behandlung der Anträge
des Ortschaftsrates zum Haushaltsplanentwurf
- Beschlussfassung -**

Blatt 2

Er erinnert dabei an die Haushaltsreden im Gemeinderat am vergangenen Dienstag, wo über sämtliche Fraktionen hinweg sehr deutlich wurde, dass für die Zukunft gespart werden muss, dass man sehr wohl im Gemeinderat überlegt, welche Projekte man umsetzt und welche nicht oder welche man auf eine bestimmte Stelle in der Prioritätenliste setzt. Deshalb ist dieser Antrag heute wichtig, weil damit eine Priorität gesetzt wird für ein Projekt, das sich übrigens nicht nur dem Gemeinderat insofern anbietet, dass er seinen eigenen Wunsch umsetzen kann, sondern dass auch damit ein soziales Projekt für Durlach geschaffen wird, dass eine weitreichende Entscheidung, die sich selbst finanziert, getroffen wird. Deshalb ist es wichtig, dass heute ein klares einstimmiges Signal an den Gemeinderat im März gesendet wird.

OR Griener (CDU) führt aus, dass die CDU-OR-Fraktion zu 100 % zu dem stehe, was Kollege Pfalzgraf ausgeführt hat. Der Einstieg in die Finanzierung soll dieses für Durlach so wichtige Projekt in die Wege leiten. Im nächsten Doppelhaushalt sollte versucht werden, konkrete Maßnahmen zu beantragen.

OR Malisius (FDP) führt aus, dass auch die FDP-OR-Fraktion den Antrag sehr wichtig finde, damit das Projekt vorankommt und stimmt dem Antrag zu. Er fragt, ob alle Grundstücke auch im Besitz der Stadt Karlsruhe sind.

Die Vorsitzende führt aus, dass sie über den ganz aktuellen Sachstand nichts berichten könne. Letzter Sachstand war, dass noch nicht alle Grundstücke im städt. Eigentum sind. Sie schlägt deshalb vor, dieses Thema in einer der nächsten Planungsausschusssitzungen mit Vertretern des Liegenschaftsamtes zu behandeln und auch zum weiteren Vorgehen Sport- und Freizeitpark insgesamt auch das Stadtplanungsamt einzuladen, wenn es auch darum geht, wie geht es weiter mit einem „städtebaulichen Wettbewerb“ auf dem Bestandsgelände u. ä.

OR Pötzsche (B 90/Die Grünen) führt aus, dass seine Fraktion geschlossen hinter dem Projekt „Sport- und Freizeitpark Untere Hub“ und dem sich daraus ergebenden Entwicklungsraum für Wohnungen in Karlsruhe-Durlach an der Pfinz, stehe. Deswegen unterstütze man auch voll und ganz den vorliegenden Haushaltsantrag.

Er nimmt Bezug auf die Haushaltsreden des Gemeinderates vom 13.01.2015. Fast alle Fraktionen waren sich in ihren Stellungnahmen einig, dass der Haushalt 2017/2018 auf Grund der Einnahmen-/Ausgabensituation der Stadt Karlsruhe mit Einschnitten versehen sein wird und bereits heute beginnt, seine Schatten voraus zu werfen. Deswegen müsse

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015**Protokoll zu**

**TOP 4: Doppelhaushalt 2015/2016;
Teilhaushalt Durlach: Einzelberatung des Teilhaushaltsplans für die
Haushaltsjahre 2015/2016 einschließlich der Behandlung der Anträge
des Ortschaftsrates zum Haushaltsplanentwurf
- Beschlussfassung -**

Blatt 3

man versuchen, politisch zu erreichen, dass der Sport- und Freizeitpark Untere Hub in der Karlsruher Stadtpolitik und der Verwaltung nicht hinten ansteht oder gar in Vergessenheit gerät. Er denkt, dass mit dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates und mit der Zustimmung im Gemeinderat zu dem heutigen interfraktionellen Antrag über 3,3 Mio. € bereits ein Erfolg, ein Statement und eine Investition erreicht wird, welches es der Stadtpolitik und der Verwaltung in Zukunft schwer machen würde, den Sport- und Freizeitpark nicht weiter voranzutreiben bzw. nicht umzusetzen. Deswegen würde sich seine Fraktion über eine einstimmige Abstimmung freuen und hofft, dass der Gemeinderat diesem Antrag folgen wird.

OR Stutz (FW) findet es gut, dass der Ortschaftsrat mit diesem interfraktionellen Antrag einen Schritt weitergekommen ist.

Sie möchte betonen, wenn man jetzt hier 3,3 Mio. € in den Haushalt einstellt, es dann nicht heiße, dass die Stadt Karlsruhe 3,3 Mio. € ausgeben muss und der Ortschaftsrat Durlach dieses Geld fordert. Das Projekt finanziere sich selbst. Natürlich muss man von Seiten der Stadt in Vorleistung gehen. Aber hinterher wird es eine Refinanzierung geben, sodass es hoffentlich in naher Zukunft mit dem ersten Spatenstich die Refinanzierung gestartet werden kann. Man müsse aber in Zukunft darauf achten, für das Altgelände eine Planung vorlegen zu lassen, um im nächsten Haushalt eine Gegenfinanzierung einstellen lassen zu können.

Wenn man heute den interfraktionellen Antrag einstimmig beschließt und der Gemeinderat dem Antrag zustimmt, dann hätte man das Jahrhundertprojekt für Durlach auf den Weg gebracht. Und darauf könnten alle stolz sein.

Die Vorsitzende stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest. Sie schlägt deshalb vor, über den Antrag aus dem Ortschaftsrat abstimmen zu lassen und dann nochmals über den Teilhaushalt Durlach allgemein.

Abstimmung über den interfraktionellen Antrag.**Abstimmungsergebnis:**

Der interfraktionelle Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Vorsitzende bedankt sich für dieses klare Votum des Durlacher Ortschaftsrates. Sie ist der Meinung, dass die Durlacher Stadträte mit ihr gemeinsam diesen Antrag in den Haushaltsberatungen des Gemeinderates vertreten können.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

**TOP 4: Doppelhaushalt 2015/2016;
Teilhaushalt Durlach: Einzelberatung des Teilhaushaltsplans für die
Haushaltsjahre 2015/2016 einschließlich der Behandlung der Anträge
des Ortschaftsrates zum Haushaltsplanentwurf
- Beschlussfassung -**

Blatt 4

Die Vorsitzende fragt, ob es noch weitere Fragen bzw. Anmerkungen zum Teilhaushalt Durlach allgemein gibt. Dies ist nicht der Fall. Deshalb lässt sie auch darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ortschaftsrat Durlach stimmt dem Doppelhaushalt 2015/2016 mit der Maßgabe des zusätzlichen Haushaltsantrags für den Teilhaushalt einstimmig zu.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 5: Sonderzüge der Linie 8

Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 31.10.14

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 5 auf und erteilt OR Stutz das Wort.

OR Stutz (FW) führt aus, dass die Antwort der Verkehrsbetriebe zwar ärgerlich aber nicht verwunderlich sei. Sie habe es gewundert, dass man einen Schwerpunkt legt bei der Antwort auf das Altstadtfest oder auf verkaufsoffene Tage, bei denen die Linie 8 nicht in die Fußgängerzone reinfahren kann. Angedacht war, den Weihnachtsmarkt als Versuchsprojekt zu starten, denn zu diesem Event fährt die Linie 8 werktags nur bis 19 Uhr, samstags bis 22 Uhr und sonntags gar nicht. D. h. alle Anwohnerinnen und Anwohner von Wolfartsweier über Durlach-Aue müssen entweder die Linie 2 nehmen und an der Auer Straße umsteigen oder mit dem Auto nach Durlach fahren. Viele nehmen die Unannehmlichkeiten des Umsteigens nicht in Kauf und fahren mit Auto nach Durlach, was wiederum einen entsprechenden Parkdruck verursacht.

Sie bittet alle Fraktionen, die Verkehrsbetriebe aufzufordern, für den Weihnachtsmarkt Durlach 2015 einen Versuch zu starten, die Züge der Linie als Sonderzüge fahren zu lassen (außerhalb der jetzigen Betriebszeiten). Dies hätte auch den Vorteil, dass man bei diesen Sonderzügen (historische Züge), einen anderen Tarif auszuprobieren, um festzustellen, ob die Nachfrage tatsächlich nicht so vorhanden ist. Sie geht aber davon aus, dass nach entsprechender Bewerbung des Ganzen auch genutzt wird.

Sie interessiert, speziell für die Linie 8, wieviel Zeitkarten und wieviel Tageskarten verkauft werden. Denn der identische Fahrpreis für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des KVV stimmt insofern nicht, als dass die Turmbergbahn als Pendelbahn auch schon einen anderen Tarif hat und die Linie 8 sieht sie genauso.

Die Vorsitzende führt aus, dass die Verkehrsbetriebe dem Stadtamt Durlach mitteilten, dass die Quote der Zeit- und Tageskarten im gesamten KVV-Gebiet zwischen 80 und 90 % liege und man davon ausgehe, dass dieser Wert auch auf der Linie 8 angesetzt werden kann. Eine Statistik, bezogen auf die Linie 8 gibt es allerdings nicht.

OR Pfalzgraf (SPD): Unabhängig davon, was der Ortschaftsrat heute beschließt, entscheiden wird der KVV-Aufsichtsrat, der übrigens morgen tagt. Von daher sei die Einflussmöglichkeit des Ortschaftsrates mehr als gering. Weiter führt er aus, dass seine Fraktion diesen Antrag nicht unterstützen werde. Er erklärt, dass OR Wenzel am vergangenen Dienstag bei seiner Haushaltsrede betont habe, dass der vorgelegte Haushalt des Oberbürgermeisters unsolide und sehr viel Wunschkonzert darin enthalten sei. Und der vorliegende Antrag sieht seine Fraktion als „Wunschkonzert“. Deshalb könne es seine Fraktion nicht verantworten, eine Straßenbahnlinie neu zu erfinden für eine Menge Geld. Die Verkehrsbetriebe fahren in diesem Jahr mit knapp 25 Mio. € im Defizit und sie werden bis zum Jahr 2019 nach dieser mittelfristigen Finanzplanung mit 52 Mio. € Defizit fahren. D. h., dass auf den Gemeinderat schwerwiegende und bittere Entschei-

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015**Protokoll zu****TOP 5: Sonderzüge der Linie 8****Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 31.10.14****Blatt 2**

dungen zukommen werden, auch in der Frage, wie gehen wir mit dem Nahverkehr um. Und da sage er heute schon voraus, dass man Entscheidungen treffen müsse, die mit sehr viel Prügel verbunden sein werden, weil die Öffentlichkeit die Entscheidungen nicht nachvollziehen kann.

Er glaubt, dass wenn man der Öffentlichkeit klar macht, dass die Buslinie 24 direkt vor dem Weihnachtsmarkt hält und mit einer kleinen Umsteigesituation von der Linie 2 in die Linie 1 an der Auer Straße bzw. Gritznerstraße direkt zum Weihnachtsmarkt fahren kann, ist der Geschichte Genüge getan.

Zum Vergleich Turmbergbahn führt er aus, dass man diesen Vergleich nicht anstellen könne, weil diese Bahn außerhalb des KVV fährt. Wenn man die Turmbergbahn in den KVV integrieren würde, würde der Fahrpreis auf Grund des Gesamtpaketes, welches nicht allein nur die Stadträte im KVV beschließen, sondern auch die Landräte und Bürgermeister aus dem Pfälzer Bereich und dem nördlichen Landkreis, ansteigen. Und dies würde bedeuten, dass gemessen an dieser Tarifsituation die Turmbergbahn um ein Vielfaches teurer werden würde. Und wenn der Wunsch der Freien Wähler in Erfüllung gehen sollte, dann müsste man die Linie 8 aus den VBK ausgliedern und damit auch aus dem KVV und eine Sonderlinie gründen. Und dies wäre schon gar nicht finanzierbar und technisch und praktisch nicht umsetzbar. Deshalb lehnt seine Fraktion diesen Antrag ab.

OR Maier (B 90/Die Grünen) führt aus, dass dieser Antrag vom Grundsatz her sehr sympathisch sei, vor allem deshalb, weil er ein Thema aufgreift, welches seine Fraktion schon vor Jahren bereits mehrfach im Ortschaftsrat beauftragt hatte (2006, 2007). Was der Kern des Antrags ist und das war auch damals das Anliegen seiner Fraktion, an den Adventssamstagen die Linie 8 länger fahren lässt. Und an dieser Frage sollte keine Grundsatzfrage bzgl. des Defizits der KVV aufgemacht werden. Der Betrieb der Straßenbahnen, die in die Stadt fahren, wird an den Adventssamstagen etwas aufgestockt, sodass man wunderbar von Wolfartsweiler/Aue aus auf den Karlsruher Weihnachtsmarkt kommt und vom Durlacher Weihnachtsmarkt abgehängt ist. Und hier rede man von Fahrzeugen, die eh schon vorhanden sind, die auch in Durlach schon stehen und später nach Karlsruhe zurückfahren würden und von einer Infrastruktur, die auch vorhanden ist. Und hier könne man davon ausgehen, dass 1 Stunde Straßenbahnbetrieb nicht mehr als 50 € kostet x 2 Fahrzeuge = 100 €/Std. x 3 Stunden jeden Samstag x 4 Samstage = 1.200 €. Und wenn die VBK an diesen 1.200 € bankrottgeht, dann müsse es schon sehr schlimm um die VBK stehen und das Defizit, welches so schnell in die Höhe schnallen soll, komme sicherlich nicht von solchen „Kinkerlitzchen“. Von daher denkt er, dass mit gutem Willen es machbar wäre, an den Adventssamstagen auch der Durlacher Weihnachtsmarkt adäquat noch angebunden ist in Richtung Aue/Wolfartsweiler, vor allem weil die Linie 24 dann nur vom Zündhüttele aus ein Ersatz ist, aber der komplette Bereich Aue abgehängt ist von Durlach zu diesen Stunden.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 5: Sonderzüge der Linie 8

Antrag der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 31.10.14

Blatt 3

Für seine Fraktion sei es wichtig, den ÖPNV zu verbessern, indem man modernen Niederflurwagen fährt und dies voll in den Tarif des KVV integriert. Dies sollte das Ziel und der Weg sein.

Die Vorsitzende erkennt, dass sie heute keine Abstimmungsreife zum vorliegenden Antrag herbeiführen kann. Deshalb schlägt sie vor, dieses Thema nochmals im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt zeitnah vorzubereiten mit Kolleginnen bzw. Kollegen der Verkehrsbetriebe.

OR Wenzel (FW) nimmt den Vorschlag der Vorsitzende gerne an.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 6: Tempo 100 auf der A5 in Durlach

Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 24.11.14

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 6 auf und begrüßt hierzu Herrn Hacker, Leiter des Amtes Umwelt und Arbeitsschutz.

OR Köster (B 90/Die Grünen) führt aus, dass der Antrag tatsächlich einen realen Hintergrund hatte und seine Fraktion hatte eine reale Chance gesehen, dass die Antwort etwas positiver ausfällt. Ganz überrascht hätte die Antwort dann doch nicht. Es sei klar einsichtig zu sein, dass eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 100, in dem Bereich, wo derzeit 120 erlaubt ist, in Bezug auf die Lärmemission des Lkw-Verkehrs überhaupt nichts bringt. Und trotzdem sei es so, dass diesem Antrag umfangreiche Recherchen vorausgegangen sind. Er begründet nun seinen Antrag und bittet um Beantwortung der Zusatzfragen, die er gestern an das Stadtamt Durlach weiter geleitet hat:

1. Wie wurde und wird Tempo 100 in Baden-Württemberg auf anderen BAB-Abschnitten begründet, beispielsweise im Bereich Heidelberg, Heilbronn?
2. Warum hat die Stadtverwaltung 2013/2014 Tempo 100 für die A5 beim Regierungspräsidium beantragt, wenn der Nutzen verneint wird?
3. Wieso ist auf anderen BAB-Abschnitten in Baden-Württemberg ein Flüsterasphalt möglich, im Bereich Durlach der A5 nicht?

Warum der Antrag jetzt eingereicht wurde? Im vergangenen Jahr wurde eine Lärmschutzmaßnahme im Bereich Killisfeld abgeschlossen; dort wurde bereits die dritte Maßnahme ergriffen, obwohl die Einwohnerzahlen (Killisfeld/Untermühlsiedlung) ungefähr ähnlich sind und die Einwohner der Untermühlsiedlung genauso nah an der Autobahn wohnen. Und in der Untermühlsiedlung ist nicht einmal annähernd ein Lärmschutz in Aussicht gestellt. Bei der letzten Präsentation im Ortschaftsrats-Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt wurden 6 m hohe Lärmschutzwände berechnet und auch diese Hoffnung wurde in dieser Sitzung genommen. Und als weiteres Argument müsse er nochmals das Umweltbundesamt zitieren: Das Umweltbundesamt geht bei einer Reduktion von Tempo 120 auf Tempo 100 davon aus, dass dies 2 bis 3 Dezibel bringt. Das sei eine Lärminderung vom reinen Pkw-Verkehr, würden sich alle auch daran halten, würde dies auch etwas bringen. Deshalb habe seine Fraktion nicht das richtige Verständnis und könne es nicht verstehen, dass man nicht dem Antragtext etwas Positives entgegenstellt, bevor andere Lärmschutzmaßnahmen in Zukunft greifen, die man im Moment noch gar nicht sieht, außer vielleicht der Bebauung des dm-Areals, die dort die Lärmsituation vielleicht etwas verbessert.

Herr Hacker (UA) führt aus, dass er die Zusatzfragen gestern noch erhalten habe, die er aber nicht voll umfänglich beantworten könne, weil die Fragestellungen teilweise nicht parat sind.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 6: Tempo 100 auf der A5 in Durlach

Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 24.11.14

Blatt 2

Im Zuge der Vorbereitung zur Fortschreibung des Lärmaktionsplanes, der im Februar in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit bzw. in den Planungsausschuss kommt, wurde eine behördeninterne Abfrage von einem ganzen Bündel von Maßnahmen, Vorschlägen in die Runde geschickt (ca. 69 Maßnahmen wurden formuliert) und deshalb sei ihm durchaus bewusst, dass die Autobahnen, in Verbund mit der Südtangente, eine der größten Lärmquellen im Stadtgebiet Karlsruhe sind. Deshalb wurden dem Regierungspräsidium 3 Vorschläge unterbreitet. Zum einen Tempolimit auf 100 km/h im gesamten Stadtgebiet, des Weiteren im gesamten Stadtgebiet lärmärmere Straßenbeläge und zum anderen noch die eine oder andere aktive Schallschutzmaßnahme, u. a. wiederum im Bereich Untermühlsiedlung. Die Antworten waren negativ. Ein Teil wurde bereits zitiert im Hinblick auf die Tempolimitfrage. Danach können Tempolimits nur dann durchgeführt werden, wenn zum einen eine definierte Grenzwertüberschreitung oder Orientierungswertüberschreitung stattfindet und zum anderen mit der Maßnahme, auch der gewünschte Effekt erzielt werden kann. In der Stellungnahme wurde die Haltung des Regierungspräsidiums dargelegt und daraus ist ersichtlich, dass von dort dem Wunsch des Umwelt und Arbeitsschutzes leider nicht gefolgt wird. Das Regierungspräsidium plant im Jahr 2015 eine Erneuerung der Fahrbahndecke, auch im Bereich der Untermühlsiedlung (nördlich des Autobahndreiecks). Dadurch wird gegenüber dem gegenwärtigen Zustand eine Lärminderung um 4 dB erzielt, auch wenn es ein herkömmlicher Waschbetonbelag ist. Sein Amt habe angeregt, nicht nur einen Waschbetonbelag, sondern eine Art lärmmindender Belag aufzubringen. Das RP hat gesagt, wenn ein solcher Belag aufgebracht wird, werden sich die Renovierungs-/Sanierungsfristen, von derzeit 25 Jahre für Waschbeton auf 8 bis 12 Jahre für lärmmindernde Beläge reduzieren. Und in diesem Streckenabschnitt hält es das RP auf Grund der Verkehrsdichte, die die höchste im gesamten Regierungsbezirk ist, für nicht vertretbar, so häufig Reperaturarbeiten durchzuführen. Darüber hinaus ist auch die Fragestellung, inwiefern bestimmte lärmmindernde Fahrbahnbelege aufgebracht werden können (hier werde differenziert zwischen SMA = splittmastix- Betonmischungen und offen porigem Asphalt – hierzu gibt es derzeit noch keine standardisierte baurechtliche Zulassung. Gerade der offen porige Asphalt darf derzeit nur zu Versuchszwecken eingesetzt werden und dies müsse auch unter ganz definierten Bedingungen von den zuständigen Ministerien erstmals genehmigt werden). Die Stadt Karlsruhe hat in Aussicht gestellt bekommen, dass im Bereich Rüppurr die Möglichkeit bestehe, lärmmindernden Asphalt aufzubringen. Dies bedeutet, dass die Stadt Karlsruhe aus kommunalen Mitteln zusätzlich den Sanierungsaufwand finanzieren muss. Im Zusammenhang mit dem aktiven Schallschutz im Bereich Untermühlsiedlung habe man erneut in der Überlegung, nach Realisierung des Projektes, könnte man sich durchaus vorstellen, dass man mit kommunalen Mitteln noch einen Lärmschutzwall, z. B. bis zur „Wertkaufbrücke“, errichtet. Dies sei im Augenblick noch in der Prüfung.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 6: Tempo 100 auf der A5 in Durlach

Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 24.11.14

Blatt 3

OR Dr. Rausch (SPD) spricht zu den Antragstellern: Die größte Lärmquelle auf der A5 sind die Lkws. Deshalb könne man sich ausrechnen, dass durch eine Temporeduzierung auf Tempo 100 sich an dieser Lärmquelle nichts ändert. Deshalb hätte man diesen Antrag etwas allgemeiner formulieren können.

Zum anderen bemängelt er, dass der Antragsteller Zusatzfragen direkt an die Stadtverwaltung gestellt hat und die anderen Fraktionen über diesen Inhalt nicht informiert wurden. Deshalb bittet er für die Zukunft, die Fragen bzw. Anträge allen Ortschaftsräten transparent zu machen, damit alle wissen, worüber geredet wird. Weiter bittet er die Fraktion B 90/Die Grünen, sich künftig an die allgemeinen parlamentarischen Gepflogenheiten zu halten.

Weiter führt er aus, dass die Stellungnahme der Verwaltung logisch sei. Es gehe aber sehr wohl um den Lärmschutz im Bereich der Untermühlsiedlung. Er verweist in diesem Zusammenhang auf Seite 2 der Stellungnahme: ... „Das Regierungspräsidium lehnt die Verwendung von lärmarmen Asphalt ab. ...“ Damit sollte sich der Ortschaftsrat aber nicht zufrieden geben, weil dies gleichzeitig bedeutet, dass man sich mit dem Waschbeton einverstanden erklärt. Und dazu liegen ihm andere Zahlen als die von Herrn Hacker genannten Zahlen vor. Das gleiche Problem gibt es in Ettlingen schon seit über 1 Jahr. Und dort wird die Reduzierung nur mit 3 dB(A) angegeben. Wenn er diese Widersprüche sieht, muss er feststellen, dass es unterschiedliche Verwaltungsvorlagen gibt. Deshalb würde er hinterfragen, ob die genannten 4 dB(A) stimmen. Unabhängig davon gibt es diesen lärmarmen splittmastix- Asphalt, der eine Reduzierung – dies scheint unstrittig zu sein – von 5 dB(A) bewirkt. Und dies sei sehr viel, wenn man weiß, wie die entsprechenden physikalischen Kurven bei den Lärmmessungen auch stattfinden. Und jetzt steht in der Stellungnahme, dass das Regierungspräsidium dies ablehnt. Und hier kritisiert er, dass man sich damit zufrieden gibt. Die Stadt Ettlingen hat einen anderen Weg gewählt. Sie wollte diesen SMLA-Belag, hat entsprechend im Gemeinderat einen Antrag gestellt, mit dem Regierungspräsidium einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abzuschließen, dass man diesen Belag einsetzt. Und dass man hier davon sprechen könnte, dies sei in der Erprobungsphase und man habe keine gesicherte Erkenntnisse, stimmt auch nicht. Der SMLA wird beispielsweise im Bereich der Autobahndirektion Nord – Bayern schon seit 2005 verwendet, sodass er glaubt, dass dies ein Bequemlichkeitsargument des Regierungspräsidiums ist, was letztlich dazu führt, dass man keinerlei Lärminderungen im Bereich der Untermühlsiedlung zu erwarten habe. Jedenfalls nicht, die möglich wären. Deswegen regt er dringend an, wenn Herr Hacker dem Ortschaftsrat zusichert, dies weiterzutragen, nochmals genau gegenüber zu stellen, die Wirkung des SMLA-Belages gegenüber dem Waschbetonbelag. Alle Quellen sagen, auch die Straßenverwaltung Nordrhein-Westfalen, SMLA ist besser und lärmmindender. Diese Überlegung zu sehen, kann man dies wenigstens auf der rechten Fahrspur machen, wo die

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015**Protokoll zu****TOP 6: Tempo 100 auf der A5 in Durlach****Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 24.11.14****Blatt 4**

Lkws fahren, dann würde nachdem was ihm als Informationen vorliegt, eine Lärmmin-
derung von 5 dB(A) eintreten. Dies wäre sehr massiv spürbar. Weiter sollte ein öffent-
lich-rechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Karlsruhe und dem Regierungspräsidium ab-
gewickelt werden nach den vorhandenen Vorbildern. Im Übrigen hat man für 4,5 km
Gesamtstrecke eine Gesamtinvestition von 3 Mio. € ausgerechnet. In diesem Bereich
gibt es aber keine 4,5 km lange Strecke. D. h. die Kosten wären überschaubar, wenn
evtl. die Stadt Karlsruhe sich mit dem RP diesen höheren Aufwand teilen würde. Aber er
bittet wirklich auch darauf zu bestehen, nochmals nachzuhaken und das Ergebnis dem
Ortschaftsrat vorlegen. Ansonsten müsse die SPD-Fraktion einen Antrag stellen, nicht
zum Thema 100, sondern zum Thema Lärmschutz.

OR Holstein (SPD) erwähnt, wie drastisch die Situation in der Untermühlsiedlung ist.
Deshalb sei es für sie nicht nachvollziehbar, wenn man im Killisfeld einen doppelten
Lärmschutz anbringt und 1 km weiter lehnt man einen Lärmschutz ab. Bereits 1989 gab
es einen Schriftverkehr mit dem Straßenwesen in Stuttgart wegen eines Lärmschutzes in
der Untermühlsiedlung, auch dort ohne Erfolg. Nur hat sich seit dort der Verkehr ver-
dreifacht. Es sei traurig, dass man nach 25 Jahren immer noch nicht erfolgreich werden
konnte.

Herr Hacker (UA) führt aus, dass er dem RP vorgeschlagen habe, über den gesamten
Streckenabschnitt im Stadtgebiet SMA aufzubringen. Das RP hat hier klar differenziert,
und zwar anhand des nachgewiesenen Verkehrsaufkommens, dass südlich des Auto-
bahndreiecks die Situation weniger stark belastet ist wie nördlich des Autobahndreiecks
und von daher aus den genannten Gründen eine Splittmastix-Anwendung von vornhe-
rein grundsätzlich abgelehnt, weil dies verkürzte Renovierungsfristen zur Folge hat und
man alle 8 bis 10 Jahre diesen Streckenabschnitt sperren müsste. Das von OR Dr. Rausch
angesprochene Modell, das in Ettlingen praktiziert wird, ist genau das Modell, das jetzt
die Stadt Karlsruhe in Rüppurr anwenden möchte, weil für dort vom RP die Zustimmung
vorliegt. Dafür werde die Stadt Karlsruhe mit dem RP eine entsprechende Vereinbarung
abschließen.

Er weist darauf hin, dass das Stadtamt/der Ortschaftsrat ihm Rahmen der Ausschussbe-
ratung die Möglichkeit gehabt habe, diese schalltechnische Untersuchung einzusehen,
die vom RP in Auftrag gegeben wurde. Dort werde ganz klar differenziert zwischen Ob-
jekten, die vor 1974 und nach 1974 erstellt worden sind und für das Land als Verursa-
cher im Sinne der Straßenlärmschutzrichtlinie gilt eben diese Kriterien-Anforderung, dass
nur Gebäude schutzwürdig sind, die vor 1974 errichtet wurden und alles was zu späte-
ren Zeiten in Front errichtet wurden, ist aus diesem Sinne nicht schutzwürdig, was nicht
heißt, dass es keine Betroffenheit gibt. Er sehe dies sehr wohl und sei bemüht, im Rah-
men der kommunalen Möglichkeiten weitere Maßnahmen in die Diskussion zu bringen.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 6: Tempo 100 auf der A5 in Durlach

Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 24.11.14

Blatt 5

OR Köster (B 90/Die Grünen) ist immer noch froh, dass seine Fraktion den Antrag so gestellt hat. Er hat heute auch Neues gelernt über parlamentarische Gepflogenheiten. Bisher war das Handling im Ortschaftsrat so, dass wenn man Zusatzfragen hat, die man vor einer

Ortschaftsratssitzung schon weiß, dem Stadtamt Durlach zu übermitteln, damit das zuständige städtische Amt diese vor einer Ortschaftsratssitzung beantworten kann. Er habe in

seiner 21-jährigen Tätigkeit im Ortschaftsrat noch keine Zusatzfragen vorher von anderen Fraktionen zugesandt bekommen. Wenn das so gewünscht wird, könne dies der Ortschaftsrat ja so beschließen.

Er fände die Lösung mit dem anderen Straßenbelag eine sehr akzeptable Lösung, auch wenn das RP daraus die doppelten Kosten ableitet, aber man hätte alle 8 bis 10 Jahre für ein paar Wochen tatsächlich Tempo 80. Der Antrag hatte ja zwei Teile und Teil 2 sei sehr umfänglich und absichtlich so gestellt worden, nämlich Transparenz herzustellen, was in der Vergangenheit gelaufen ist und warum sich hier überhaupt nichts tut im Bereich der Untermühsiedlung. Und unter Teil 1 möchte er die Stadt Karlsruhe auffordern, dran zu bleiben und beim RP den Druck zu erhöhen und einen Weg zu finden, zumindest bis eines Tages andere Maßnahmen greifen.

OR Henkel (CDU) erinnert daran, dass dem Ortschaftsrat schon viele Lärmschutzgutachten und Ausführungen dazu vorgelegt wurden. Das letzte Mal als es um den Bergwald und die Schallemissionen ging. Die Aussage von Herrn Hacker, alles was vor 1974 gebaut wurde, habe sie sehr betroffen, denn dies sei einer der Beweggründe gewesen, warum damals auch der Widerspruch der Vorgänger der Bürgergemeinschaft abgelehnt wurde, man hat keinerlei Handhabe. Denn damals beim Ausbau der BAB wurde zugesagt, wenn der Lärmpegel so steigt, dass eine Nachbesserung erfolgen wird. In manchen Abschnitten kam ein Flüsterbelag und eine Teilwand, die allerdings auf der anderen Seite errichtet wurde. Generell würde sie sagen, dass die Ausführungen heute sehr informativ waren. Deshalb schlägt sie vor, das Thema im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt weiter zu behandeln, um das Wohnumfeld noch schöner und gesünder machen zu können.

OR Pfalzgraf (SPD) muss feststellen, dass seit 25 Jahren bzgl. eines Lärmschutzes in der Untermühsiedlung nichts passiert ist und so wie es aussieht, in den nächsten 25 Jahren ebenfalls nichts passieren wird. Deshalb fragt er, ob folgender Vorschlag als Zwischenlösung gewertet werden könnte. Wäre es möglich, einen Grüngürtel, sprich schnell wachsende Bäume in einem Gürtel entlang der Autobahn, zwischen der Siedlung und der Autobahn zu pflanzen? Wenn diese Möglichkeit bestünde, dass man mit einer solchen

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 6: Tempo 100 auf der A5 in Durlach

Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 24.11.14

Blatt 6

Bepflanzung eine Übergangsregelung schaffen könnte, hätte man einen kleinen Schritt erreicht. Und wenn diese Frage positiv beantwortet wird, schlägt er vor, dass der Ortschaftsrat die Stadt Karlsruhe beauftragt, schnellst möglich mit einer solche Bepflanzung zu beginnen und damit nicht das Projekt als solches aufzugeben.

Herr Hacker (UA): Nach der Vorstellung der Fortschreibung des Lärmaktionsplanes in den beiden Ausschüssen werde man auch in die Öffentlichkeit gehen, d. h. auch der Ortschaftsrat wird dann nochmals umfänglich die Möglichkeit haben, alle in Durlach geplanten Lärmschutzmaßnahmen zu diskutieren und auch weitere Vorschläge und Anregungen konkret auf fast allen relevanten Straßenabschnitten zu formulieren. D. h. in der Hinsicht habe man noch einen Arbeitsschritt vor sich, der ohnehin ansteht. Zum Vorschlag mit dem Grüngürtel: Dies könne man sich durchaus mal durch den Kopf gehen lassen. Er persönlich ist der Meinung, wenn man einen Lärmschutzwall direkt an die Autobahn hinbekomme, hätte dieser mehr Wirkung als ein Grüngürtel – und in diese Richtung denkt die Stadt Karlsruhe und möchte versuchen, auch in diese Richtung einen politischen Beschluss herbeizuführen. Man könne dann immer noch überlegen, ob man die Fläche hat, um einen entsprechenden Grüngürtel aufzubauen. Dies lasse sich kombinieren. Es ist nicht generell ausgeschlossen.

OR Pfalzgraf (SPD) möchte diese Aussage zum Anlass nehmen, dass der Ortschaftsrat jetzt die Verwaltung beauftragt, genau in diese Richtung tätig zu werden und schnellst möglich ein Papier vorlegt, wo ganz klar definiert wird, was ist machbar und was nicht, damit der Ortschaftsrat einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Die Vorsitzende sieht **einstimmiges Nicken**. Der Vorschlag von OR Pfalzgraf wird bejaht.

Weiter führt sie aus, dass sie heute Abend zu viel „das RP“ gehört habe und Herr Hacker immer nur Bote des RP ist und zwischen dem Ortschaftsrat und dem RP hin und herläuft. Und dies schon seit 25 Jahren und ohne Erfolg. Deshalb sollte dies heute den Ortschaftsrat nicht hindern zu sagen, dass es an dieser Stelle Lärmschutzmaßnahmen dringendst bedarf, heute wie vor 25 Jahren, welcher Art auch immer, über die dieses Gremium auch immer wieder gerne und konstruktiv diskutiert. Dieser Appell an die Stadtverwaltung, dies auch erneut und wiederholt dem RP vorzutragen, daran könne den Ortschaftsrat niemand hindern. Dies sei man der Untermühlsiedlung auch schuldig. Das zweite wäre, wie in anderen Punkten bereits getan, das RP mal zu einer Sitzung einzuladen, evtl. im Ausschuss für Planung, Bauwesen und Umwelt, um das Anliegen gemeinsam zu diskutieren und dem Kollegen/der Kollegin des RP die Brisanz darzustellen und die Überzeugung, dass dort Abhilfe zu schaffen ist.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 6: Tempo 100 auf der A5 in Durlach

Antrag der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am 24.11.14

Blatt 7

Auch hier erkennt sie **einstimmiges Nicken**.

OR Holstein (SPD) merkt an, dass mehr als die Hälfte der Häuser in der Untermühlsiedlung in den 20-er bzw. 30-er Jahren gebaut wurden, die später gebauten Häuser aber genauso schutzwürdig seien.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Hacker für sein Kommen und seine Ausführungen.

- K l o p f b e i f a l l -

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 7: Wartehäuschen/Unterstellmöglichkeiten

Anfrage der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 31.10.14

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 7 auf und fragt, ob es hierzu noch Zusatzfragen gibt.

OR Stutz (FW) führt aus, dass die Anfrage bzgl. eines Wartehäuschens an der Karl-Weysser-Straße erledigt habe.

Beim Schlossplatz fragt sie, ob dieser Neubau künftig auch ein Vordach hat, damit man sich als Nichtkunde des dortigen Geschäftes aufhalten kann.

Die Vorsitzende führt aus, dass diese Frage bereits nach der Sitzung des Ältestenrates an das Bauordnungsamt weitergegeben wurde, die Antwort aber noch nicht vorliegt. Sobald diese vorliegt, werde sie den Mitgliedern des Ortschaftsrates mitgeteilt.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 8: Sabotage am Rappenhof

Anfrage der Fraktion Freie Wähler, eingegangen am 31.10.14

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 8 auf und fragt, ob es hierzu noch Zusatzfragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 9: Gehwegparken am Bahnhof Durlach

**Anfrage der OR-Fraktion B 90/Die Grünen, eingegangen am
19.11.14**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 9 auf und fragt, ob es hierzu noch Zusatzfragen gibt.

OR Köster (B 90/Die Grünen) fragt, ob die Stellungnahme so zu verstehen ist, dass auch der Grünstreifen mit den Bäumen der Bahn gehört und ob sich dies bis zum Supermarkt in Richtung Norden zieht?

Die Vorsitzende: Unabhängig von der Einholung der Stellungnahme beim Tiefbauamt hat das Stadtamt Durlach bei dem für Gremien zuständigen Mitarbeiter um eine Stellungnahme gebeten. Diese konnte allerdings bis zur heutigen Sitzung nicht eingeholt werden. Sobald diese vorliegt, werde diese den Mitgliedern des Ortschaftsrates mitgeteilt.

OR Maier (B 90/Die Grünen): Wenn ein Grundstück direkt an eine Straße grenzt und auf dem Privatgrundstück ein Gehweg ist, wird dann nicht ein öffentliches Gehrecht in das Grundbuch eingetragen?

Die Vorsitzende sagt zu, dies noch im Detail zu klären.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 10: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 10 auf und teilt mit, dass

- von Frau Dr. Fink-Sontag (FDP) die Frage gestellt wurde, ob man nicht vom Grundstück Auer Straße 70 einen Durchgang zur Straßenbahn schaffen kann. Dies lehnt die Volkswohnung ab und bittet hier um Verständnis. Die Zustimmung vorausgesetzt, werde sie hier nochmals nachhaken.
- OR Müller (CDU) die Parksituation in der Westmarkstraße angesprochen habe. Hier teilt Herr Diebold mit, dass die beiden Politessen des Stadtamtes die Kontrolle in der Westmarkstraße regelmäßig mit einbeziehen. Bei den in den Vor- und Nachmittagsstunden durchgeführten Kontrollen wurden aber kaum Verstöße festgestellt. Eine weitere Beobachtung wird zugesagt.
- OR Dr. Puzicha-Martz (B 90/Die Grünen) bezüglich der Umnutzung des Dachgeschosses des Gründerzentrums gefragt habe, ob dies übereinstimmt. Laut Aussage der Wirtschaftsförderung ist die Nutzungsänderung Dachgeschoss zur Wohnung lt. Kaufvertrag und B-Plan erlaubt. Das Dachgeschoss ist Eigentümersache.
- OR Wenzel (FW) gefragt habe, ob man auf dem Parkplatz an der Festhalle Markierungen anbringen könne. Hierzu hat das Tiefbauamt mitgeteilt, dass die jetzige Platzfestigung dies so nicht erlaube, da zuvor der Platz aufwendig befestigt werden müsste. Und mit vorschriftsmäßigen Markierungen wären weniger Plätze vorhanden als bei der jetzigen „Selbstorganisation“.
- OR Dr. Puzicha-Martz (B 90/Die Grünen) nach der Verlängerung des Radweges südlich der Bahngleise Richtung Durlacher Bahnhof gefragt habe. Hierzu teilt das Stadtplanungsamt mit, dass diese Bestandteil des Radwegenetzes der Stadt Karlsruhe sei. An der in der mündlichen Anfrage beschriebenen Stelle findet kein Radwegeausbau durch die Stadt Karlsruhe statt. Zur Sicherung des geplanten Radweges hat die Stadt Karlsruhe bisher folgende Schritte unternommen. Die Stadt hat das ehemalige Gleisbauhofgelände der DB westlich der Autobahn (Maybachstraße) erworben. Auf der Nordseite des Grundstückes ist ein Geh- und Radweg vorgesehen. Östlich der Autobahn bis zum Im Blumenwinkel ist hierzu noch Grunderwerb durch die Stadt zu tätigen. Ggf. könnte dies durch einen entsprechenden Bebauungsplan unterstützt werden. Ein Zeithorizont ist hierzu noch nicht bekannt.
- OR Dr. Rausch (SPD) nach Ersatzpflanzungen im Bereich Grundstück ehemaliges Markgrafenbad gefragt habe. Hierzu teilt das Gartenbauamt mit, dass die Bäume zwischenzeitlich gepflanzt wurden, wie im Bebauungsplan festgelegt, auch der im Bereich der Tiefgaragenzufahrt.
- OR Scheuermann (CDU) hinsichtlich der Wohnberechtigungsscheine nachgefragt habe. Diese werden vom Bürgerbüro Durlach ausgestellt, nachdem man Einkommens- und Vermögensnachweise überprüft hat. Unter Vorlage eines gültigen Wohnberechtigungsscheins kann sozialgebundener Wohnraum angemietet

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 10: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 2

werden. Wohnberechtigungsscheine haben ab Ausstellung eine Gültigkeit von einem Jahr. Die Berechtigungsscheine für die Durlacher Tafel werden nicht gesondert ausgestellt, sondern, Personen, die das Angebot der Tafel nutzen wollen, weisen ihre Berechtigung letztlich mit ihren Bescheiden vom Jobcenter bzw. vom Sozialamt nach. Falls sie keine Leistungen erhalten, kann trotzdem bei geringem Einkommen die Tafel genutzt werden. Hierzu gibt es Einkommensgrenzen, die nicht überschritten werden dürfen und die Tafel prüft dies eigenständig unter Vorlage geeigneter Einkommensnachweise nach.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 11: Mündliche Anfragen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 11 auf und bittet um Wortmeldungen.

OR Malisius (FDP) spricht die vor Jahren mit Mühe auf den Weg gebrachte Gesamtanlagensatzung an, die immer noch nicht in Kraft getreten ist. Er fragt deshalb nach dem zeitlichen Ablauf.

Die Vorsitzende: Die Gesamtanlagensatzung gibt es, gemeint ist wahrscheinlich die Gestaltungssatzung, die im Entwurf diskutiert wurde. Diesbezüglich hat sich das Stadtamt Durlach mit Fraktionsvertretern und dem Stadtplanungsamt hier zu einem Workshop getroffen, wo nochmals Anregungen etc. eingeflossen sind, die ein- und umgearbeitet werden und in ca. 3 Wochen in einer erneuten Sitzung mit Stadtplanungsamt, Ortschaftsratsvertretern und dem ZJD besprochen werden. Das Denkmalamt ist zu solchen Sitzungen auch immer eingeladen, die Vertreter kommen nur nicht immer.

OR Dr. Rausch (SPD) spricht die Benutzung der Duschen in der Sporthalle Weiherhof an und hier insbesondere die desolaten Duschköpfe. Er bittet um Austausch dieser.

Die Vorsitzende sagt zu, hier Abhilfe zu schaffen.

OR Köster (B 90/Die Grünen) fragt, ob es möglich wäre, an der Haltestelle Hubstraße den Halteknopf in Richtung des neuen Wartehäuschens zu versetzen. Weiter fragt er, ob die Sanierungsarbeiten im Weiherhof „barrierefreien Duschen“ nicht längst begonnen haben.

Die Vorsitzende sagt zu, die zuständigen Ämter zu informieren und um Abhilfe zu bitten.

OR Pfalzgraf (SPD) weist darauf hin, dass seine Fraktion vor ca. 8 Jahren einen Antrag gestellt habe zur Radwegeverbindung zwischen Bahnhof Durlach und Rußweg. Und damals hat die Bahn auf erneutes Nachhaken erklärt, dass nur noch verschiedene Umbaumaßnahmen in Sachen Gleisbauhof notwendig wären und danach würde die Radwegeverbindung realisiert werden. Wenn er aber vorhin bei TOP 10 die Mitteilung richtig verstanden hat, verschiebt die Bahn erneut.

Die Vorsitzende: Das Stadtplanungsamt teilt mit, dass das Gelände von der Bahn in Teilen angekauft sei, allerdings seien noch ganz allgemein Grundstückserwerbe durchzuführen.

OR Pfalzgraf (SPD) bittet das Stadtamt Durlach hier nochmals bei den zuständigen Ämtern nachzufragen, ansonsten müsste ein Wiederholungsantrag gestellt werden.

1. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 21.01.2015

Protokoll zu

TOP 11: Mündliche Anfragen

Blatt 2

Die Vorsitzende sagt zu, die alte Antwort rauszusuchen, zu überprüfen und nochmals konkret nachzufragen.

OR Wenzel (FW) weist darauf hin, dass bei den Hundenausläufflächen im Killilsfeld keine Müllbehälter mehr vorhanden sind.

Weiter bittet er um Auskunft darüber, ob die Bauhöhe von Neubauten zwischen Lußsteige/Lußstraße und dem Geigersberg jetzt 4stöckig ist.

Abschließend fragt er, ob bei den Wohnwagen in der Ottostraße die 2-Wochen-Regelung nicht gelte.

Die Vorsitzende sagt zu, alle Fragen bis zur nächsten OR-Sitzung beantworten zu lassen.

Sie schließt die Sitzung gegen 19:00 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
OV Ries

.....
OR Scheuermann (CDU)

.....
**OR Dr. Wagner
(B 90/Die Grünen)**

Die Protokollführerin:

.....
Doll, Stadtamt Durlach